



PIRATENFRAKTION
im Schleswig-Holsteinischen Landtag

PRESSEMITTEILUNG

Hauke Bruhns

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Stellvertretender Pressesprecher

Telefon: +49 [0]431 988-1607

Telefax: +49 [0]431 988-1602

Mobil: +49 [0]160 7080474

hauke.bruhns@piratenfraktion-sh.de

Kiel, den 11.03.2015

Angelika Beer: Ein humanitärer Auftrag ist sinnvoller als Abschottung

Zur heutigen (11. März 2015) mündlichen Anhörung zum Antrag der Piraten 'Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa - Asylgesetzgebungen anpassen' [1] in einer gemeinsamen Sitzung des Europaausschusses und des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages erklärt die flüchtlingspolitische Sprecherin der Piratenfraktion, Angelika Beer:

"Die heutige Anhörung hat deutlich gezeigt, dass die Forderungen und Positionen der Piratenfraktion mit denen der meisten Fachexpertisen deckungsgleich sind. So sprachen sich alle Anzuhörenden gegen einen Ausbau des Grenzkontrollsystems EUROSUR aus.

Ziel dieses zwischen 340 und 900 Millionen Euro teuren Überwachungsnetzwerks, ist die technische Überwachung der EU-Außengrenzen durch die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX. Die vorgesehenen Mittel lassen sich für humanitäre Maßnahmen im Bereich der Flüchtlingspolitik wesentlich sinnvoller einsetzen.

**PIRATENFRAKTION IM
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN LANDTAG**
Düsternbrooker Weg 70 | 24105 Kiel
Telefon: +49 [0]431 988-1337

Pressestelle:
Telefon: +49 [0]431 988-1603

<http://www.piratenfraktion-sh.de>
fraktion@piratenfraktion-sh.de
Twitter (Fraktion): @fraktionSH



Auch eine mögliche Umstrukturierung von FRONTEX wurde ausführlich diskutiert. Während die Grenzschutzagentur derzeit mit einer Art eigenen Außenpolitik vor allem eine militärische Abschottung Europas betreibt und Grenzübertritte von Flüchtlingen vereitelt, ist ein humanitärer Auftrag zum Schutze von Flüchtlingen an den europäischen Außengrenzen wesentlich sinnvoller."

Der Idee der Einrichtung exterritorialer Europabotschaften konnten die meisten der Anzuhörenden ebenfalls folgen, gaben jedoch zu bedenken, dass sich diese auf Grund der unterschiedlichen Auffassungen der EU-Mitgliedsstaaten in der Praxis nur schwer umsetzen ließe. Stattdessen wurde konstruktiv über die Möglichkeiten von humanitären Visa diskutiert.

Einigkeit bestand bei den Anzuhörenden bei der Forderung nach Abschaffung der Dublin-Verordnung, da sich diese als ineffektiv, ungerecht und menschenrechtswidrig erwiesen hat. Lediglich die Vertreterin der Europäischen Kommission in Deutschland signalisierte hier wenig Dialogbereitschaft.

"Die mündliche Anhörung war unter flüchtlingspolitischen Gesichtspunkten informativ, konstruktiv und wertvoll. Hierfür bedanke mich ausdrücklich bei allen Beteiligten. Nach einer ausführlichen Auswertung und internen Beratungen werden wir unsere Forderungen weiter vorantreiben und auch Impulse aus dem Ausschuss und der heutigen Anhörung auf- und mitnehmen", so Angelika Beer abschließend.

[1] Antrag der Piratenfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag (Drucksache 18/2449)

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2400/drucksache-18-2449.pdf>

Stellungnahme der LAG der freien Wohlfahrtsverbände (Umdruck 18/4130)



<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/4100/umdruck-18-4130.pdf>

Stellungnahme des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein (Umdruck 18/4118)

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/4100/umdruck-18-4118.pdf>

Stellungnahme des Kinderschutzbundes Schleswig-Holstein (Umdruck 18/4129)

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/4100/umdruck-18-4129.pdf>

Stellungnahme des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes Europa (Umdruck 18/4097)

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/4000/umdruck-18-4097.pdf>

Ansprechpartner:

Angelika Beer, MdL, Tel: +49 431 988 1640